

Es gilt das gesprochene Wort!

Pressesprecherin
Claudia Jacob

TOP 22 – Verlässliche Grundschule

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Dazu sagt die bildungspolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Durchwahl: 0431/988-1503
Zentrale: 0431/988-1500
Telefax: 0431/988-1501
Mobil: 0172/541 83 53

Angelika Birk:

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 240.04 / 17.06.2004

Verlässlichkeit und Qualität muss stimmen

Die Landesregierung hat eine deutliche Verbesserung in der Unterrichtsversorgung erreicht. Spürbar wurde der Unterrichtsausfall durch den Etat für Vertretungsstunden und die Bündnisse zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls gesenkt und endlich kommt die verlässliche Grundschule auch in Schleswig Holstein mit Riesenschritten voran.

Mit zusätzlichen 250 Lehrerstellen soll sie bis in zwei Jahren landesweit funktionieren. Die Schulen haben mit dem Instrument „Geld statt Stellen“ mehr organisatorische Freiheiten zur Unterrichtsgestaltung erhalten.

Für all dies haben wir uns vehement eingesetzt und überzeugen uns durch Besuche vor Ort, wie gut dies viele Schulen nutzen. Schülerinnen und Schüler verbringen nicht nur mehr Zeit an der Schule. Was dort passiert, hat auch mehr Qualität, zum Beispiel durch mehr Teamarbeit der LehrerInnen.

Auch wir wissen: es kommt auf das Kleingedruckte an: Wie werden bestehende organisatorische Probleme, wie Verzahnung von kommunalen Betreuungsangeboten und Unterricht gelöst? Wir appellieren deshalb an den Kommunen, sich nicht auf Kosten des Landes aus ihre Verantwortung zu ziehen. Dies gilt auch für die noch ungelösten Probleme der Busfahrzeiten im ländlichen Raum.

Es gibt auch noch schulinterne Probleme, wie sie bei einer großen Umstellung alltäglich sind. Insbesondere der Förderunterricht muss unseres Ermessens nach in den Vormittag integriert, statt für Vertretungsunterricht gestrichen werden. Hier gilt es die Best-Practise-Lösungen Schule machen zu lassen und kritisch vor Ort zu untersuchen, wie die Versorgung mit Lehrerstellen im Einzelfall und die Verzahnung mit Hort- und Jugendhilfeangeboten verbessert werden kann.

Dies rechtfertigt aber nicht den Antrag der Opposition, der die bisherige Leistung der Landesregierung und der LehrerInnen leugnet und das ganze Modell in Frage stellt.
